



MdL Brigitte Lösch, kinder- und familienpolitische Sprecherin

Vereinbarkeit von Familie und Beruf nicht nur ein Problem für Frauen!

Im Landtag von
Baden-Württemberg

Die **Grünen** Bündnis90

In den letzten Jahrzehnten haben sich das Familienbild und auch die Geschlechterrollen in unserer Gesellschaft stark verändert. Nur noch 5,7% aller Paare wollen nach dem traditionellen Allein-Ernährermodell leben. Die EU-Kommission schlägt ein neues Leitbild vor: Nach dem ‚Adult-Worker-Model‘ sollen alle Erwachsene ungeachtet ihres Familienstatus in der Lage sein, selbst ihren Lebensunterhalt zu verdienen. Entgegen weit verbreiteter Mutmaßungen über einen „Gebärstreik“ der Frauen sind es zunehmend die Männer, die sich Lebensentwürfe nur ohne Kinder vorstellen können. Familienpolitische Konzepte, die auf klassische Geschlechterrollen basieren, laufen deshalb in der heutigen Gesellschaft weitgehend ins Leere. Vereinbarkeit von Familie und Beruf zu ermöglichen heißt von daher nicht nur das Recht von Frauen auf gerechte Teilhabe im Erwerbsleben, sondern auch das Recht der Männer auf Familie.

Aus diesem Grund brauchen wir zur Verbesserung dieser Vereinbarkeit eine Dreifachstrategie:

1. mehr Förderung für Frauen im Beruf
2. mehr Förderung für Männer in der Familie
3. strukturelle Veränderungen, die die Vereinbarkeit beider Geschlechter gleichermaßen fördert, wie flexible Arbeitszeitgestaltung, eine bessere Infrastruktur bei der Kinderbetreuung und der Pflege.

1. Erwerbstätigkeit der Frauen und Chancengleichheit in der Arbeitswelt

Der Frauenanteil an den Erwerbstätigen im Land liegt heute bei 44,6%, wobei 51,2% der Frauen in Vollzeit arbeiten - mit abnehmender Tendenz. Teilzeitarbeit ist dahingegen Frauensache: 83% aller Teilzeitbeschäftigten im Land sind Frauen. Frauen in Führungspositionen sind nach wie vor Seltenheit: von 100 Führungskräften aller Branchen und Betriebe im Land sind gerade mal 18 Frauen - im Bundesländervergleich damit an viertletzter Stelle. Zudem verdienen Frauen bei gleicher Arbeit durchschnittlich ein Viertel weniger als Männer. Der Landtag selbst hat mit 22,9% den niedrigsten Frauenanteil unter den deutschen Landesparlamenten.

Deshalb brauchen wir eine konsequente Umsetzung des Landeschancengleichheitsgesetzes mit wirksamen, d.h. verschärften Sanktionsinstrumenten, zudem ein Chancengleichheitsgesetz für die Wirtschaft. In den Städten und Kommunen sind hauptamtliche kommunale Frauen- bzw. Chancengleichheitsbeauftragte notwendig und das Land muss die

Kontaktstellen Frau und Beruf finanziell absichern. Die Ausbildung der traditionellen Frauenberufe im Erziehungs- und Pflegebereich muss aufgewertet werden.

2. Mehr Förderung für Männer in der Familie

Gesamtgesellschaftlich muss es darum gehen, die unbezahlte Betreuungs-, Erziehungs- und Pflegearbeit aufzuwerten und geschlechtergerecht zu verteilen.

Die nahezu ausschließlich von Frauen geleistete, i.d.R. ehrenamtlich geleistete Fürsorgearbeit – die sogenannte ‚Care-Arbeit‘ - muss gleichmäßig auf beide Geschlechter verteilt werden. Es braucht hier ein ganzheitliches Pflegeverständnis in Form von Pflegeinfrastruktur, entlastenden sowie begleitenden und beratenden Dienstleistungen und individuellen Hilfen. Wir Grüne halten deshalb auch eine gesetzliche Pflegezeit, als steuerfinanzierte und einkommensbezogene Lohnersatzleistung analog dem Elterngeld für den richtigen Vorschlag.

In Baden-Württemberg beantragen seit Jahren nur rund 2% Männer das Bundeserziehungsgeld für das 1. Lebensjahr und ca. 15% beanspruchen über das Elterngeld eine Elternzeit für den 13. u. 14. Lebensmonat des Kindes. Das ist nur ein kleiner Schritt, der ohne weitere Maßnahmen so gut wie wirkungslos bleibt und Frauen nicht wirklich entlastet.

3. Bessere Rahmenbedingungen für die Vereinbarkeit von Familie und Beruf - für Männer und Frauen

Für die Zukunft unserer Gesellschaft ist es wichtig, tragfähige Modelle für die Vereinbarkeit von Familie und Beruf zu entwickeln, dazu gehört eine gute Infrastruktur für die Kinderbetreuung und die Pflege.

Beim Ausbau der Kinderbetreuungsangebot für unter Dreijährige ist das Land alles andere als Spitze. So ist Baden-Württemberg mit seiner Betreuungsquote von etwa 10% noch weit von einer bedarfsgerechten Betreuung entfernt. Wir Grünen halten daher einen Rechtsanspruch für Kinder ab 1 Jahr für dringend notwendig. Zudem muss sich das Land statt 10% mit 30% an der Kleinkindbetreuung finanziell beteiligen. Außerdem braucht es familienfreundliche Strukturen in der Arbeitswelt mit Betrieben, die flexibel sind in Bezug auf Teilzeitarbeit, Pflege- und Betreuungszeiten.

„Auch die Männer sind immer weniger bereit, nur die Rolle des „Familienernährers“ einzunehmen. Deshalb brauchen wir beides – Familie und Beruf für Väter und Mütter!“

MdL Brigitte Lösch

Bündnis 90/Die Grünen im Landtag
Konrad-Adenauer-Straße 12
70173 Stuttgart
Tel: 0711/2063-677/-683
Fax: 0711/2063-660
email: brigitte.loesch@gruene.landtag-bw.de